Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchtl. —.55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. —.50 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2.50 freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Mosse's Zeilenmesser 14) M —.20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M —.15. Amtliche Zeile M —.60 und M —.45; Reklame M —.50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahltag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 20 | **Sonnabend, den 16. Februar 1924** | 76. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Rentenmark-Konten
Wir verzinsen **Rentenmark-Spareinlagen** bis auf weiteres wie folgt:
7 % p. a. bei täglicher Verfügung
8 % - - - 1 monatlicher Kündigung oder 1 Monat fest
9 % - - - 3 monatlicher Kündigung oder 3 Monate fest

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Größere Beträge auf Wunsch mit Wertsicherung auf Dollar-Basis. — Laufende Konten provisionsfrei.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Neuverpachtung der kirchlichen Lehnsgrundstücke auf die nächsten 6 Jahre (1. Oktober 1924 bis 30. September 1930) erfolgt öffentlich am 3. März 1924 durch den Geschäftsführer des Pachtausschusses Kamenz.

Gebote sind bis zum 2. März 1924 an den Lehnsverwalter, Herrn Alwin Wolf, Pulsnitz, Schießstraße, einzureichen. Bei diesem sind die Vertragsbedingungen einzusehen. Die Auswahl unter den Bietern bez. die Ablehnung sämtlicher Gebote bleibt vorbehalten. Der Vollzug der Verpachtung erfolgt in der Form eines schriftlichen Pachtvertrages.

Pulsnitz, am 16. Februar 1924. **Der Kirchenvorstand.**

Das Wichtigste.

Das Pfund Sterling stand gestern bei Börsenschluß 97,10 und der Dollar 22,585.

Ramsey Macdonald hat gestern den deutschen Botschafter empfangen.

Raut Daily Mail ist Ramsey Macdonald an der Grippe erkrankt.

Die amtliche Pressestelle der Staatsregierung Bayern berichtet über den Gesetzentwurf einer staatlichen Arbeitsdienstpflicht. Der Gesetzentwurf geht von dem Generalstaatskommissariat aus. Er ist den beteiligten Ministerien bereits zur Beurteilung zugegangen.

In Neuyork ist der heftigste Schneefall dieses Winters niedergegangen. Der Schnee liegt zwei Fuß zwei Zoll hoch.

Der amerikanische Budgetausschuß bewilligte für die Witwe des Expräsidenten Wilson eine Ehrenpension von 5000 Dollar.

Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, wurde gestern am Freitag in Weimar und heute Sonnabend in Jena und Rudolstadt zur Besichtigung der Thüringer Reichswehrtruppen erwartet.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizei wurden in Stettin ein Kommunist getötet und sieben Personen schwer verletzt.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung vom 12. Februar 1924 den Erlaß einer Verordnung zur Abänderung der Pachtschutzordnung beschlossen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Meerfeld hat sich im Flugzeug nach London begeben, um mit Macdonald über rheinische Fragen zu verhandeln.

Das braunschweigische Staatsministerium hat die Stadtverordnetenversammlung in Bad Harzburg aufgelöst. Sie bestand zurzeit, da 15 Mitglieder ihre Aemter niedergelegt und auch sämtliche Listenanwärter auf die Annahme ihres Mandats verzichtet hatten, nur noch aus 13 Mitgliedern.

Wie aus Prag mitgeteilt wird, ist die Bevölkerung in der Tschechoslovakei seit der letzten Volkszählung um 532 000 Köpfe angewachsen. Die Tschechoslovakei hat gegenwärtig 14 064 000 Einwohner.

In Dürkheim stürmte die Einwohnerschaft das Bezirksamt, wobei sechs Separatisten niedergeschlagen wurden.

Im sächsischen Landtage erklärte man sich gegen eine Erhöhung der Eisenbahntarife.

In Schwarzenberg und Lauter verübten die Kommunisten neue Sprengattentate.

Die dritte Steuernotverordnung ist unterzeichnet und veröffentlicht worden. Sie wird auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember in Kraft gesetzt.

Wie aus einem Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und General von Seeckt hervorgeht, wird der Ausnahmezustand zum 1. März aufgehoben werden.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat strenge Sanktionen gegen Pirmasens und die Pfalz festgesetzt.

Seit gestern weilt Monsignore Testa in der Pfalz zu Informationszwecken. Sein gestriger Besuch galt dem Bischof von Speyer.

Zur Großen Koalition.

Von Landtagsabgeordneten Hermann Voigt.

Endlich ist durch Bildung der Großen Koalition in Sachsen eine auf positives Schaffen gerichtete parlamentarische Arbeit wieder sicher gestellt. In den letzten Jahren wurde durch die bekannten politischen Konstellationen die gesetzgeberische Tätigkeit zum Nachteil des Landes stark gehemmt. Fast zur Untätigkeit verurteilt gewesen sind Regierung und Landtag unter dem Kabinett Fellisch. Die Arbeit beider geht nunmehr vonstatten. So hat, um nur einiges herauszugreifen, der leider unvermeidliche Personalabbau nicht durch Verordnung bestimmt zu werden brauchen, sondern ist durch Gesetz unter Ausscheidung mancher Härten und unter Aufnahme mehrfacher Erleichterungen festgelegt worden. Ebenso konnte die Landessteuergesetzgebung gefördert werden. Gegenüber den Steuerplänen der alten Regierung bedeutet die gesetzliche Neuordnung der Gewerbesteuer für den Rest des Rechnungsjahres 1923 und für das Rechnungsjahr 1924 einen sehr beachtlichen Fortschritt.

Die von der Deutschen Volkspartei eingegangene Große Koalition war bekanntlich der einzige Weg, zwischen Sachsen und dem Reiche schleunigst ein Normalverhältnis herbeizuführen, was auch im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung des Landes gelegen ist. Das auf dem eingeschlagenen Wege zugleich der verheerenden Personal- und Kulturpolitik am ehesten ein Riegel vorgeschoben und gründliche Besserung eingeleitet werden kann, ist verständlich. Allerdings werden die diesbezüglichen Erfolge nicht gleich jedermann in die Augen springen können. Hier ist Geduld und Verständnis nötig für Tempo, Weg und Mittel.

Das Wesen einer jeden Koalition erfordert natürlich Nachgeben auf beiden Seiten, wie es andererseits die Majorisierung ausschließt. Sie ist auf Einsicht gegründet. Jeder Teil wird gelegentlich auf Punkte verzichten müssen, die ihm wertvoll erscheinen. Schließlich ist das aber die politische Schule der Verständigung, Klärung und Abschleifung der politischen Extreme. Vor allem ist doch zu bedenken, daß die Koalitionsfrage nicht von grundsätzlicher Art ist, sondern rein taktischen Charakter trägt.

Die von deutschnationaler Seite gegen die Große Koalition in Sachsen neuerdings geltend gemachten Gesichtspunkte gipfeln in der Hauptsache in dem Hinweis auf den deutlichen Vorsprung der Bürgerlichen bei den letzten Gemeindewahlen. Sie schlußfolgern daraus, daß bei einer Landtagswahl dieselbe Erscheinung wiederkehren muß. Wäre der Landtag am 4. Januar aufgelöst worden, so müßten innerhalb sechzig Tagen die Neuwahlen vorgenommen werden. Im Mai Juni erwarten uns voraussichtlich Reichstagswahlen. In Sachsen würden dann aller zwei Monate große öffentliche Wahlen vor sich gehen. Es gibt keine Gewähr dafür, daß das Bürgertum dreimal mit derselben Begeisterung die Wahlkämpfe bewältigt und im überlegenen Umfange an die Wahlurne schreitet. Gewisse Besorgnisse über das Abflauen des Interesses sind in der bürgerlichen Wahlpsyche durchaus nicht unbegründet. Es handelt sich zum zweiten Male um Parlamentsauflösung innerhalb 18 Monaten. Ohne gewaltigen Fortschritt der bürgerlichen Seite würde der Wert der ihr folgenden Wahl stark in Frage gestellt sein.

Durch eine noch im Februar vorzunehmende Neuwahl würden voraussichtlich die gemäßigteren Sozialisten ihre Mandate bis auf wenige verlieren. Die radikale Richtung und die Kommunisten dagegen würden gestärkt aus dem Kampfe hervorgehen, eine Entwicklung, die die Gemeindewahlen bestätigen. Im Interesse der sächsischen Politik kann das nicht gelegen sein. Daß im Verlaufe von Monaten die besonnenere Richtung in der sächsischen Sozialdemokratie unter den Massen wieder mehr Boden gewinnt, scheinen kürzlich in verschiedenen Landesteilen abgehaltene Parteikonferenzen zu bestätigen.

Die von den Deutschnationalen zum Prinzip erhobene rein bürgerliche Regierung trägt doch bedenklich viel von den Schwächen und Gebrechlichkeiten an sich, die der bisherigen, einseitigen Gewaltregierung von links eigen waren. In beiden Fällen läuft es auf die Ausschaltung großer Volksteile und Erwerbsstände von den verantwortlichen Staatsgeschäften hinaus. Das unter allen Umständen zu wollen, auch wenn andere Wege möglich sind, ist ein verhängnisvoller Irrtum, gleichviel, ob er von links oder rechts begangen wird. Zunächst ist die Sozialdemokratie noch die stärkste Partei unseres Landes. Sie oder Teile von ihr trotz erklärter Willigkeit zur Mitarbeit auszuschalten, würde auf die Wiederholung der im alten Deutschland begangenen Fehler hinauslaufen. Gerade den radikalen Teilen von links dürfte diese Ausschaltung willkommen sein. Solche Entwickelung würde die Sozialdemokratie zwangsläufig in die Opposition treiben und sie näher an die Seite der Kommunisten führen. Der in ihr akut gewordene Prozeß der Scheidung der Geister erführe zum Nachteile der politischen Entwickelung wieder eine Unterbindung. Die grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Große Koalition und das Verlangen nach einer rein bürgerlichen Regierung dürften gegenwärtig den realen Verhältnissen im industriellen Sachsen schwerlich gerecht werden. Jedenfalls kann von niemandem verlangt werden, hierin einen Weg zur Volksgemeinschaft zu erblicken. Auch deutschnationale Kreise haben nach dem November 1918 es als politische Kurzsichtigkeit des alten Staates bezeichnet, daß er es nicht vermocht hat, die Sozialdemokratie zu positiver, verantwortlicher Mitarbeit im Staate zu gewinnen.

Der Hinweis auf die Große Koalition im Reiche, die unter Stresemann zweimal nicht zum Ziele geführt habe, kann nicht als schlüssiger Beweis dafür angesehen werden, daß sie ein Irrtum ist. Große Unterschiede bestehen in den politischen Verhältnissen im Reiche und in Sachsen. Dort ist die Sozialdemokratie mitsamt den Kommunisten in der Minderheit, hier sind sie im Parlament in der Mehrheit. Sachsen hat neuerdings noch dazu eine Spaltung in der Landtagsfraktion der SPD zu verzeichnen, derzufolge jeder der beiden Flügel getrennt und selbständig auftritt.

Im Falle der Landtagsauflösung würde die noch etwa zehn Wochen lang bis zum Zusammentritt des neugewählten Parlamentes im Amte verbleibende alte Regierung totsicher ihre Rechte voll ausgenutzt und in verschiedenster Beziehung die bekannten Einseitigkeiten weiter entwickelt haben. Durch Verordnungen und Notgesetze konnte sie Unerträglichkeiten aufbürden. Höheres und Volksschulwesen, Personalpolitik, staatliche Ordnung sind Gebiete, auf denen in der Zwischenzeit die Verderbnis noch viel weiter hätte um sich greifen können. Schon die auf kulturpolitischem Gebiete neuerdings kraftvoll einsetzende Korrektur der bisherigen Wege gibt die Gewähr, daß die Große Koalition zum Segen des Landes und Volkes ausschlagen wird.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Der Verein für Volksbildung) hat sich wohl schon seit seiner Gründung einen ganz besonderen Ruhm und eine ganz besondere Beliebtheit dadurch erworben, daß er neben den regelmäßigen Vorträgen des öfteren im Schützenhaussaale Konzerte, Liederabende u. s. w. veranstaltet, die allen Pulsnitzern Gelegenheit boten, erste Künstler auf musikalischen Gebieten zu hören. In dieser Beziehung hat sich der vorige Vorstand des Vereins, Herr Studienrat Holle große Verdienste und die Dankbarkeit des Publikums erworben. Sein Nachfolger, Herr Schulleiter Ulbricht hat es am Donnerstag Abend bewiesen, daß er eine ebenso glückliche Hand hat wie sein Vorgänger. Das Dresdner Streichquartett (Fritzsche, Schneider, Riphahn, Kropholler) hat uns einen Kammermusikabend geboten, wie ihn das Konzertpublikum in Pulsnitz wohl noch kaum gehört hat. Hier waren Meisterkünstler an der musikalischen Arbeit. Die herrlichen Streichquartette von Haydn: Streichquartett B-dur (es ist wohl die letzte Komposition seiner 83 Streichquartette); Franz Schubert, Streichquartett A-moll, in den uns des Komponisten Gewalt des Ausdruckes und unerschöpflicher Reichtum melodischer und harmonischer Erfindung in genialer Originalität entgegentreten: und von Beethoven Streichquartett „E-moll", das zu den Werken gehört, in denen sich die Vollendung, der Gipfelpunkt unserer Instrumentalmusik darstellt. Diese 3 herrlichen von unseren größten Meistern geschaffenen Streichquartette wurden von dem „Dresdner Streichquartett" in hochkünstlerischer Weise und vollendeter Technik wiedergegeben. Da war ein Jeder ein erster Meister auf seinem Instrument und entlockte den bekannten Musikinstrumenten von Prof. Koch goldig rein singende Melodien. Das zahlreiche Publikum (600 Besucher) lauschte in stiller Begeisterung; nicht die geringste Störung ist vorgekommen. Und dieses durch die Besucherzahl bewiesene Interesse und das verständnisvolle